

Herausgegeben von der Interprofessionellen Gewerkschaft der Arbeiter*innen - IGA
Kleinhüningeranlage 3, 4057 Basel, www.viavia.ch/IGA, iga@viavia.ch, 061 681 92 91

Der Arbeitskampf bei Biogen, Enzler und CBRE in Solothurn



Die Biotech Firma Biogen baut in Luterbach bei Solothurn eine hochmoderne Pharmaproduktionsanlage auf. Sie wird nun Schritt für Schritt in Betrieb genommen. Bei Vollbetrieb verspricht die Firma 600 neue Arbeitsplätze für die Region. Das klingt gut, doch die tatsächliche Arbeitswelt der hier Beschäftigten sieht zum Teil miserabel aus. Die

verschiedensten Subunternehmen lassen Arbeiter im Auftrag von Biogen erledigen: So übernimmt die gesamte Reinigungsarbeit im Betrieb die Enzler Reinigungen AG, die CBRE die gesamte Liegenschaftsverwaltung und -logistik, die Securitas die Werksicherheit, Etavis die Elektrik und Thermo Fisher Scientific die Anlage- und Materialbewirtschaftung. Jede dieser Subfirmen beschäftigt nach eigenen Verträgen und Arbeitsbedingungen und beschäftigt zudem weitere Arbeiter*innen von Temporärfirmen.

Seit zwei Jahren unterstützen die Basisgewerkschaften FAU und IWW die Arbeiter*innen-Organisierung der Reinigungsfirma Enzler. Bei dieser Firma sind die Arbeitsbedingungen am krassesten. Zu mickrigen Löhnen der Reinigungsbranche müssen die Leute mit hochgiftigen Chemikalien die Reinnräume von Biogen reinigen. In diesem Sommer gingen Arbeiter*innen in die Offensive, nachdem die Einschaltung des Arbeitsinspektorates nach einer homophoben Attacke durch den Vorarbeiter nichts gebracht hatte. In einer Resolution wurden 13 Forderungen aufgestellt und die FAU und IWW für die Vertretung ihrer Interessen mandatiert. Sie verlangen die Gleichstellung mit den Biogen Angestellten mit ihren viel höheren Löhnen, besseren Gesundheitsschutz, mehr freie Wochenenden und anderes mehr.

An der Solidaritätsdemo am 10. Juli in Solothurn nahm auch die IGA teil. Der Druck hat zweierlei

bewirkt. Einerseits kam bisher Enzler in drei Punkten entgegen: Die Löhne wurden zum Teil beachtlich erhöht, an zwei Wochenenden im Monat muss nicht mehr gearbeitet werden und das schwere Gerät wurde ersetzt. Auf der anderen Seite wurden die Leute massiv unter Druck gesetzt, z.T. auch mit Hilfe der Unia, welche die Enzler aufgeboten hat, um den Arbeitsfrieden wieder herzustellen.

Der FAU und der IWW wurde der Zugang zur Fabrik untersagt, sie können so ihre gewerkschaftlichen Rechte nicht mehr wahrnehmen. Einem Mitarbeiter der CBRE wurde von der Biogen verboten das Gelände zu betreten, danach wurde ihm von CBRE gekündigt und er wurde fristlos freigestellt.

Der Betriebskampf bei Biogen geht so in die nächste Runde. Die IGA solidarisiert sich mit den Arbeiter*innen bei Biogen und unterstützt ihren Kampf. (Hausi)

Wanderarbeiter*innen Von der Systemrelevanz der prekären Arbeit - und wie Gewerkschaften und Arbeiter*innen gegen Lohnraub, Arbeitszeitbetrug, etc. kämpfen

Ende August haben die beiden deutschen Gewerkschafter*innen Kathrin Birner und Stefan Dietl an der Mattenstrasse 74/76 ihre Forschungsarbeit und das daraus entstandene Buch „Die modernen Wanderarbeiter*innen – Arbeitsmigrant*innen im Kampf um ihre Rechte“ vorgestellt. Der Abend gab nicht nur Einblick in die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse und die Art und Weise, wie sich Arbeiter*innen gemeinsam mit solidarischen Gewerkschafter*innen organisieren und wehren. Aus IGA-Sicht gewann



ich zwei Erkenntnisse aus dem Abend: Prekäre Arbeitsverhältnisse haben eine ungeheure Dimension erreicht. Sie sind nicht mehr ein Auswuchs an den verwilderten Rändern des Arbeitsmarkts – sie ist das Fundament und die Voraussetzung für den Wohlstand der reichen Länder. Und für die Organisation der Arbeiter*innen arbeiten in Deutschland der Gewerkschaftsbund und die Basisgewerkschaften zusammen, um die mobilen Arbeiter*innen aus dem Osten und Süden Europas zu erreichen und zu stärken.

Systemrelevant und politisch gewollt...

Ohne die Hunderttausenden Wanderarbeiter*innen, die regelmässig ihre Heimatländer zu Arbeitseinsätzen in Deutschland verlassen, würde die Produktion in zahlreichen Wirtschaftszweigen zum Erliegen kommen. Das zeigten nicht zuletzt die hektischen Reaktionen der Deutschen Regierung im Zuge der Corona-Pandemie, als mit Sonderregelungen und Charterflügen Tausenden von Wanderarbeiter*innen die Einreise nach Deutschland ermöglicht wurde. Die Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen ist eine der Grundlagen des deutschen Wirtschaftswunders (Exportweltmeister), basierend auf Billiglöhnen

und weiteren Formen von Arbeitskraftausbeutung: Durch das EU-Entsendegesetz unterstehen die meisten Wanderarbeiter*innen nicht dem in Deutschland geltenden Arbeitsrecht. Sie arbeiten bis zum Umfallen, schlafen in überfüllten Baracken, werden um ihren Lohn betrogen, indem die Arbeitsausrüstung vom Lohn abgezogen wird, ebenso wie die ganzen Aufwände für die Vermittler*innen, Sub-Unternehmen etc. Sie wissen oft selber nicht, von welcher Firma sie faktisch angestellt sind und müssen nicht selten darum kämpfen, am Schluss den in Aussicht gestellten Lohn ausbezahlt zu bekommen. Die „mobile Beschäftigung“ gilt in weiten Kreisen als „freiwillig gewählt“. Dass dem nicht so ist, zeigt der Abriss der Autor*innen zur gesamteuropäischen Entwicklung der letzten Jahre mit dem wachsenden Gefälle innerhalb Europas im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. den Folgen der von Deutschland diktierten Austeritätspolitik. Wer als Wanderarbeiter*in nach Deutschland kommt, hat in den Herkunftsländern schlicht kein Auskommen mehr.

An der „Schlachtbank Europas“, im Gemüesfeld, im LKW, im Privathaushalt, beim Sondermüllentsorgen und auf dem Bau

Wer Einblick in Funktionsweise der Wirtschaftszweige und die Lebens- und Arbeitsrealität der „Solounternehmer*innen“ und „Leiharbeiter*innen“ in den verschiedenen Branchen gewinnen will, findet im Buch ausführliche Branchenportraits. In den Betrieben der „Schlachtbank Europas“ gehen Expert*innen von 90 % Leiharbeiter*innen aus; im landwirtschaftlichen Sektor ist mehr als jede*r vierte Beschäftigte Saisonarbeiter*in aus Osteuropa; mehr als eine halbe Million „mobile Beschäftigte“ pflegen in deutschen Privathaushalten rund um die Uhr; im boomenden Bausektor (135 Milliarden Umsatz im 2019) ist die Zahl der Entsandten und Scheinselbständigen schier undurchschaubar: „Mit Drohungen, Einschüchterungen und schlicht mit Gewalt“ wurde auf deutschen Baustellen ein ausbeuterisches System etabliert, dessen Netz an Subunternehmen und Sub-Subunternehmen selbst für die Betroffenen beinahe undurchdringlich sei und in welchem manche*r Arbeitsmigrant*in ohne ihr Wissen als Selbständige arbeitet, indem ihnen in der Fremdsprache Deutsch ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt werde, das angeblich ein Arbeitsvertrag sei, sich jedoch im Falle eines Unfalls o.Ä. als „Gewerbeanmeldung“ entpuppt.

Mit 250 Milliarden Euro noch boomender ist Deutschlands Speditions- und Logistikbranche, dessen Grundlage ebenfalls ein System von Sub-Unternehmen, Scheinselbständigkeit, katastrophalen Arbeitsbedingungen und Armutslöhnen ist.

Eher neu ist der Einsatz von Wanderarbeiter*innen in jenen Bereichen der industriellen Produktion, welche bisher in Deutschland recht ausgebaute gewerkschaftliche Stärke hatten. Alles was schmutzig, gefährlich oder sehr anstrengend ist, wird ausgelagert und durch Wanderarbeiter*innen übernommen – die Entsorgung gesundheitsgefährdender Stoffe zum Beispiel – und selbstverständlich immer unter maximalem Arbeitsdruck zu einem minimalen Lohn.

Warum staatliche Kontrollen nichts bringen

„Schwarzarbeitskontrollen!“ ist die gängige Forderung von Öffentlichkeit und Politik, wenn einzelne ausbeuterische und ungesetzliche Machenschaften ans Licht kommen. Auch die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds DGB beschlossen, dass die Kontrolle der Schwarzarbeit gestärkt werden müsse. Tatsächlich seien die entsprechenden Behörden stark unterbesetzt.

Aus Sicht der Autor*innen ist diese Forderung jedoch nicht zielführend: Zum einen seien die meisten der von deutschen Unternehmen angewandten Methoden zur Ausbeutung von Wanderarbeiter*innen schlicht nicht illegal. Die katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen bewegen sich meist im gesetzlichen, von der Politik gesteckten Rahmen. Und dort, wo es zu Gesetzesübertretungen kommt, seien diese kaum nachweisbar. Die Wanderarbeiter*innen selbst decken bei den Kontrollen oft ihre Arbeitgeber*innen, denn wenn das Subunternehmen, das sie beschäftigt, einen Auftrag wegen einer Kontrolle verliert, bleiben auch sie auf ihrem Lohn sitzen. Zudem müssen sie selber Repressionen oder Abschiebung durch die Behörde befürchten, etwa wenn eine Scheinselbständigkeit auffliegt. Der staatliche Kontrollansatz schreckt ab, statt zu helfen.

Der DGB und die FAU und die internationale Gewerkschaftszusammenarbeit

Auch das traditionell ambivalente Verhältnis der grossen deutschen Gewerkschaften zu migrantischen Arbeitskräften verschweigen die Autor*innen nicht. Dieses zu überwinden ist das

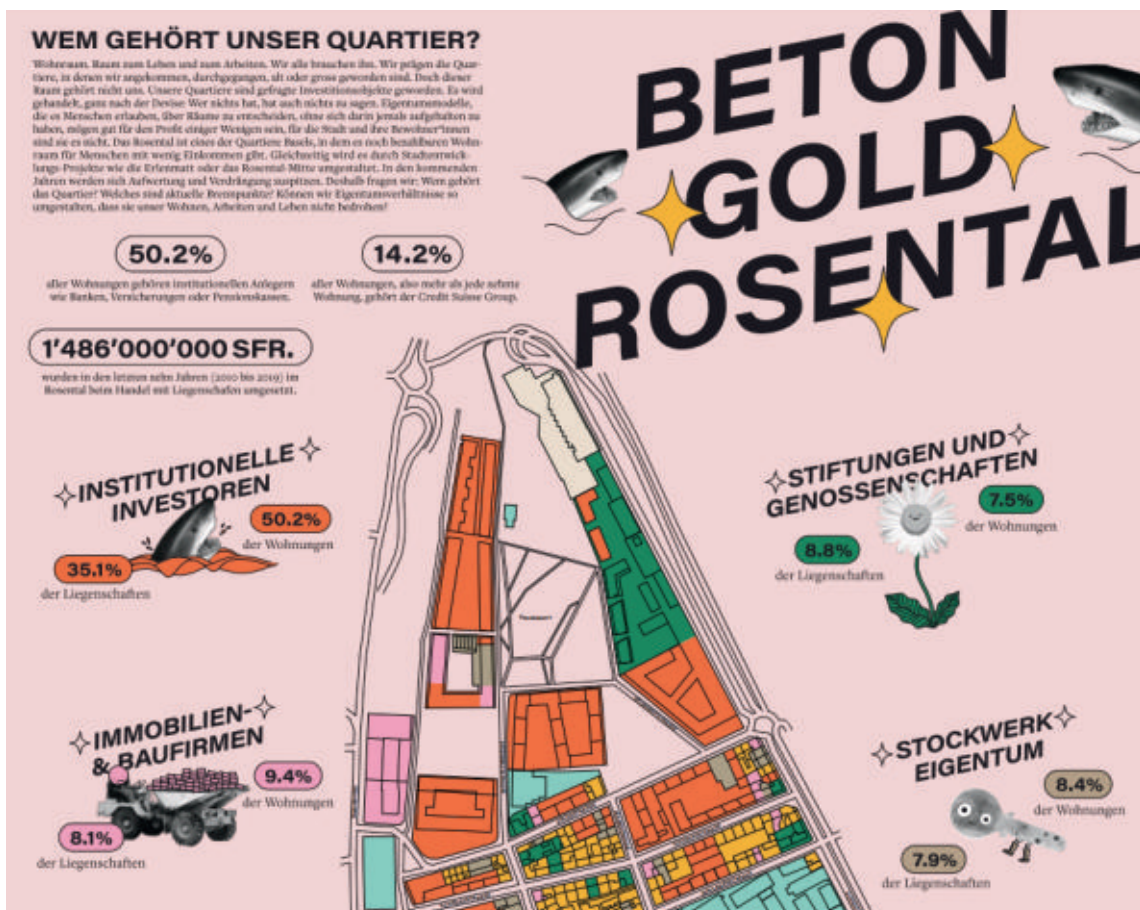
Gebot der Stunde. Allerdings zeigt sich schnell, dass die üblichen Methoden, wie die DGB-Gewerkschaften Arbeitsbedingungen verbessern (z.B. Tarifverträge für die Kernbelegschaften verhandeln), bei der prekären Arbeit im allgemeinen und jener der Wanderarbeiter*innen im Besonderen nicht funktionieren. Der DGB entschloss sich ein Netz von Informations- und Beratungsstellen aufzubauen: „**Faire Mobilität**“ <https://www.faire-mobilitaet.de/>. Aktuell sind 55 Berater*innen und Campaigner*innen im Netz angestellt, grossenteils mit muttersprachlichen Kenntnissen der Sprachen der Wanderarbeiter*innen. Sie sind an elf Standorten in Deutschland präsent, bieten Beratung, Informationen und entwickeln gemeinsam mit den Wanderarbeiter*innen und den Basisgewerkschaften vor Ort Protestaktionen. Im Buch werden mehrere solche Aktionen beschrieben. Dabei geht es meist um das Einfordern von Lohn, sei es auf dem Spargelhof in der Provinz oder auf der Grossbaustelle in München. Interessant ist auch der Ansatz mit den Gewerkschaften in den Herkunftsländern zusammenzuarbeiten. Diese verteilen dann z.B. an den Abflughäfen muttersprachliches Informationsmaterial zu den Arbeitsrechten und den Beratungsstellen. (Claudia)

Termine

- Di 5.10.21 19.15 Sitzung
- Di 19.10.21 19:15 Sitzung
- Di 2.11.21 19:15 Sitzung
- Do 4.11.21 19:15 Sitzung Vorstand
- Di 16.11.21 19:15 Sitzung
- Di 30.11.21 19:15 Sitzung
- Di 14.12.21 19:15 Sitzung

Betongold 1

Wem gehört unser Quartier? Noch 20 Häuser im Rosental Quartier gehören Privatpersonen. Jede zweite Wohnung gehört inzwischen den "Institutionellen", also Banken, Immobilienfonds, Pensionskassen. Aber auch Früchte des Widerstands gegen die "Verdrängung durch Aufwertung" konnten sich im Quartier behaupten. Das erste Quartier-Mapping von Stadtfüralle mit handfesten Zahlen, historischer Entwicklung und politischen Zusammenhängen: <https://stadtfueralle.info/projekt/rosental-plakat>



Betongold 2

Altes IGA-Lokal: Mini-Wohnungen und Keller-Lokal

In der digitalen Welt befindet sich die IGA immer noch ein bisschen „im trendigen Matthäusquartier“ und bringt unfreiwillig Leben in die photoshop-frisierten Fotos zum Inserat für das frisch verkleinerte und aufgemotzte Ladenlokal an der Oetlingerstrasse 74.

Wie es dazu kam, dass die IGA und alle anderen Mieter*innen nicht mehr dort wohnen und arbeiten, haben wir im IGA-aktuell 2020.12 ausführlich erzählt (http://viavia.ch/iga/uploads/Newsletter/IGA-Aktuell_dez20_klein.pdf). Jetzt wissen wir dank den online-Inseraten wie es im Innern für die Wohnungen und das Ladenlokal weitergeht.

Und soviel sei verraten: Unser Vorwurf an die neuen Besitzer*innen sie würden hier nicht einfach ein etwas in die Jahre gekommenes Haus

sanieren, sondern mit maximaler Nutzung so viel Geld wie möglich aus dem Haus herausholen, bestätigt sich leider. Das Ladenlokal besteht jetzt aus einem (mit Eichenboden verlegten!) fensterlosen Kellerraum und dem darüber liegenden vorderen Raum des früheren IGA-Lokals. Es kann neu für Fr. 1'790 inkl. NK gemietet werden.

Aus dem hinteren Teil des Lokals, wurde eine 1,5 Zimmer-Wohnung gezaubert: Das frühere Beratungszimmer, die Küche, Dusche/WC und der frühere Hinterausgang sind neu als 1,5-Zimmerwohnung für Fr. 1'150.- ausgeschrieben.

Die IGA hatte früher für das Lokal Fr. 1'250.-Miete bezahlt. Nun bringt dieses Erdgeschoss, zusammen mit 20m² Eichenboden-Keller und einem in den Gang ausgebauten Badezimmer den Gebrüdern Raeber jeden Monat Fr. 2'940.-Mieteinnahmen ein. Betongold eben. (Claudia)



Basel baut Zukunft

8000 oder mehr neue Wohnungen sollen auf dem Industrieareal im Klybeck gebaut werden. Die Initiative Basel baut Zukunft fordert dabei bezahlbaren Wohnraum, Klimaneutralität und Berücksichtigung der Anliegen der Quartierbevölkerung. Die Grossinvestoren blockieren mittels Rechtsverfahren die demokratische Debatte. Darum gibt es jetzt eine Petition. Nützen wir die Chance Klybeck für eine klimagerechte Zukunft mit bezahlbarem Wohnraum. (Pascal Pfister)

Hier kann mensch unterschreiben:
www.baselbautzukunft.ch/petition

